

Sektorenkopplung braucht integrierte Infrastrukturplanung: Rechenzentren im Kontext der Berliner Wärmewende

Rechenzentren sind kritische Infrastruktur und Wärmequelle zugleich

Der Bedarf an Rechenzentren wird im Kontext unseres Strebens nach digitaler Souveränität und neuer wirtschaftlicher Stärke steigen, auch in Berlin. Rechenzentren sind kritische Infrastruktur. Gleichzeitig sind sie eine der wenigen Quellen unvermeidbarer Abwärme, die ganzjährig, planbar und ohne kommunales Brennstoffrisiko verfügbar sind und die nach dem Wärmeplanungsgesetz auf die Dekarbonisierungsquoten der Wärmenetze angerechnet werden können. Der Berliner Wärmeplan nennt sie ausdrücklich neben Tiefengeothermie, Abwasserwärme und Biomasse.

Die Lücke

Bereits heute versorgt Fernwärme rund ein Drittel der Berliner Wohnfläche und 28 Prozent der Haushalte. Erzeugt wird sie weiterhin überwiegend fossil: Der Anteil erneuerbarer Energien und Abwärme liegt in der Fernwärme bei etwa 10 Prozent, an der Berliner Wärmeversorgung insgesamt bei 6 Prozent. Das Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz verlangt für die Wärmenetze ab 2030 vierzig Prozent. Bis 2045 sollen laut Wärmeplan knapp 45 Prozent des Wärmebedarfs klimaneutral über Fernwärme gedeckt werden, weitere rund 10 Prozent über neue Wärmenetze, insgesamt über 95 Prozent über Netze und Wärmepumpen.

Damit gehören Stromnetz, Wärmenetz, Rechenzentrum und Quartier in eine Planung. Integrierte Infrastrukturplanung ist kein technisches und kein Effizienzthema, sondern die Grundlage der energetischen Transformation der Stadt. Der Energiepark Reuter zeigt die Größenordnung: eine Großwärmepumpe mit rund 75 Megawatt, gespeist aus der Abwärme des Klärwerks Ruhleben, versorgt ab 2027 etwa 45.000 Haushalte.

Der Flaschenhals

Der Flaschenhals ist Anschlussleistung im Stromnetz. In der ersten Repartierungsrunde standen rund 2.300 MVA an Anfragen 365 MVA verteilter Leistung gegenüber, mehr als die Jahreshöchstlast des gesamten Berliner Netzes. Das derzeit ruhende Verfahren ermöglicht keine Priorisierung nach Verwendungszweck; der Senat hat selbst erklärt, die Priorisierung einzelner Kundengruppen wäre eine unzulässige Ungleichbehandlung. Wärmewende und Digitalwirtschaft konkurrieren also mit allen anderen Anschlussbegehren um dieselbe Ressource. Das Netzpaket des Bundes erlaubt erstmals eine Priorisierung bei der Zuteilung, die Kriterien sind aber ausschließlich netz- und systembezogen. Der Verwendungszweck einer Anlage (z.B. „Wärmewende“) bleibt unerheblich.

Der Widerstand wächst schneller als die Planung

Der organisierte Widerstand gegen Rechenzentrumsprojekte nimmt international und national sprunghaft zu. Groß-Gerau hat ein Vorhaben über 2,5 Milliarden Euro abgelehnt, Dublin (faktisch) und Amsterdam (förmlich) haben Anschlussmoratorien verhängt, wodurch Investitionen verlagert

und keine Probleme gelöst wurden. Die Parallelen zu den Anfängen der Anti-Windkraft-Bewegung sind klar erkennbar, mit dem Unterschied, dass die Protestinfrastruktur heute bereits existiert und professionalisiert ist.

Drei Handlungsfelder für eine integrierte Infrastrukturplanung

Damit Rechenzentren eine tragende Rolle bei der Dekarbonisierung der Berliner Fernwärme spielen können, müssen Netz & Regulierung, Standort- & Wärmeplanung sowie politische & gesellschaftliche Akzeptanz stärker zusammenwachsen:

- Energiewirtschaftsrechtliche Kriterien für Entnahmevorhaben und ein breites Verständnis von Standortgebundenheit, damit Flexibilisierbarkeit, Abwärmenutzung und Transformation am Standort eines Vorhabens zählen;
- Eine planungsrechtlich verankerte Wärmeplanung, die gegenüber der Netz- und Infrastrukturplanung Verbindlichkeit entfaltet, ohne Gebäudeeigentümern die Technologiewahl zu nehmen;
- Frühe städtebauliche Verträge. Der Bund verpflichtet Rechenzentrumsbetreiber zur Abwärmeverwertung, aber keinen Wärmenetzbetreiber zur Abnahme. Kluge und transparente städtebauliche Verträge können Abwärmebereitstellung, Kostenteilung der Anbindung oder die Organisation der Abnahmeseite durch den Bezirk verbindlich regeln und gleichzeitig für Unterstützung der Bevölkerung sorgen.
- Den Willen und die Akzeptanz in Politik, Verwaltung und Bevölkerung, Rechenzentren als wirtschaftlich und geopolitisch notwendig und zugleich als Chance für die energetische Transformation der Stadt zu begreifen.

Lassen Sie uns darüber sprechen.

Wie kann diese Grundlage im konstruktiven Zusammenspiel zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft nach der Berlin-Wahl am 20.9.2026 gelingen? Ich freue mich auf Ihre Nachricht.

Philipp Krakau

Bereichsleiter Infrastruktur, SNPC GmbH

philipp.krakau@snpc.de

www.snpc.de

+49 (0) 30 / 89 06 93-0

+49 (0) 151 7211 3722